Ä60 Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Antragsteller*in: Kreisverband Oberhavel
Beschlussdatum: 05.10.2018

Änderungsantrag zu 3.3

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

Wir wollen Feuerwehrkräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Ölspuren auf Straßen, Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen Ländern ein.
Kampfmittel schneller beräumen
Mehr als 70 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs schlummern immer noch viele Bomben in brandenburgischen Böden. Sie stellen nach wie vor eine erhebliche Gefahr dar. Die Wahrscheinlichkeit, dass Bomben mit chemischen Langzeitzündern detonieren, steigt von Tag zu Tag. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) der Brandenburger Polizei ist aktuell weder finanziell noch personell hinreichend ausgestattet, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Bearbeitungszeiten von mehreren Monaten für eine Kampfmittelfreigabe behindern die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, wie den Wohnungsbau und die wirtschaftliche Entwicklung.
Daher fordern wir eine ausreichende Finanzierung und personelle Ausstattung des KMBD. Wir brauchen darüber hinaus einheitliche rechtliche Regelungen zur Kostenübernahme der Kampfmittelsuche und -beseitigung. Die Rechtsauffassung darüber, wann eine Fläche als kampfmittelfrei zu betrachten ist, muss zwischen Bau- und Innenministerium, die heute unterschiedliche Kriterien anlegen, vereinheitlicht werden, damit Planungssicherheit für öffentliche und private Eigentümer hergestellt wird.